

Krautauer Zeitung.

Nr. 183.

Montag, den 12. August

1861.

Die „Krautauer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljährlicher Abonnementspreis: für Krautau 4 fl. 20 Kr., mit Versendung 5 fl. 25 Kr. — Die einzelne Nummer wird mit 9 Kr. berechnet. — Inzerationsgebühr im Intelligenzblatt für den Raum einer viergespaltenen Petitzeile für V. Jahrgang. — Die erste Einrückung 7 Kr., für jede weitere Einrückung 3 1/2 Kr.; Stämpelgebühr für jed. Einschaltung 30 Kr. — Inzerat-Bestellungen und Gelder übernimmt die Administration der „Krautauer Zeitung“ (Großer Ring Nr. 39). Zusendungen werden franco erbeten. Redaktion: Nr. 423 an den Planten. Expedition: Großer Ring Nr. 41.

Amtlicher Theil.

Gesetz

vom 31. Juli 1861 *)

in Betreff der Geschäftsordnung des Reichsrathes.

Um die Bestimmungen über den Geschäftsgang, den wechselseitigen und Außenverkehr beider Häuser des Reichsrathes in Ansehung derer der §. 21 des Grundgesetzes über die Reichsvertretung vom 26. Februar 1861 **) auf die Geschäftsordnung zu verweisen, im Wege des Gesetzes zu regeln, finde Ich über Antrag des Reichsrathes festzusetzen und anzuordnen:

§. 1. Die vom Kaiser ernannten Präsidenten der beiden Häuser des Reichsrathes haben vor Eröffnung der Session dem Kaiser Treue und Gehorsam, Beobachtung der Gesetze und gewissenhafte Erfüllung ihrer Pflichten in dessen Hände an Eidesstatt zu geloben. Dieselben und die vom Kaiser ernannten Vice-Präsidenten werden den Mitgliedern ihres Hauses, welche sich an dem in der kaiserlichen Einberufung festgesetzten Tage zu der bekannt gegebenen Stunde im Sitzungssaale versammelt haben, durch den vom Kaiser bestimmten Minister vorgestellt.

Hierauf haben die Vice-Präsidenten und die Mitglieder jedes Hauses dieselbe Angelobung über Aufrechterhaltung des Reichsrathes zu leisten. Von später eintretenden Mitgliedern wird die Angelobung bei ihrem Eintritte geleistet.

§. 2. Nachdem die Angelobung geleistet worden, erfolgt die feierliche Eröffnung des Reichsrathes in Gegenwart beider Häuser entweder durch den Kaiser in eigener Person oder durch eine hiezu vom Kaiser beauftragte Commission, welche den versammelten Reichsrath mit einer kaiserlichen Botschaft begrüßt.

§. 3. Die durch einen Landtag vollzogene Wahl eines Mitgliedes des Abgeordnetenhauses ist von dem Hause in dem Falle, wenn eine erhebliche Wahlanfechtung vorliegt, einer Prüfung zu unterziehen. Zu diesem Zwecke wird von dem Hause ein Ausschuss gewählt, in welchem jedoch derjenige, um dessen Wahl es sich handelt, nicht zu berufen ist.

Die Entscheidung über die Gültigkeit der Wahl erfolgt über den Bericht dieses Ausschusses. Derselbe Ausschuss prüft auch die Legitimationen und Wahllisten jener Abgeordneten, welche in Folge der von dem Kaiser im Sinne des §. 7 des Grundgesetzes über die Reichsvertretung angeordneten unmittelbaren Wahl, anstatt von dem Landtage ausnahmsweise durch die Gebiete, Städte und Körperschaften gewählt worden sind. Insolange das Haus die beanstandete Wahl eines Abgeordneten nicht für ungültig erklärt, hat derselbe Sitz und Stimme.

§. 4. Im Falle der Ungültigkeitserklärung der Wahl eines Abgeordneten, sowie in den Fällen des §. 17 des Grundgesetzes über die Reichsvertretung ist sofort wegen Einleitung einer neuen Wahl das Erforderliche zu veranlassen.

Der im §. 17 des Grundgesetzes vorhergesehene Fall der dauernden Verbindung eines Mitgliedes des Abgeordnetenhauses ist auch dann als vorhanden anzuzusehen, wenn ein Mitglied, welches seinen Eintritt über acht Tage verzögert, oder ohne Urlaub sich entfernt, oder über die Zeit desurlaubes ausbleibt, der vom Präsidenten ergangenen Aufforderung binnen vierzehn Tagen zu erscheinen, oder seine Abwesenheit zu rechtfertigen, widrigens dasselbe als ausgetreten betrachtet werden würde, nicht Folge leistet.

§. 5. Die Regierung kann ihre Vorlagen zuerst in das eine oder das andere Haus einbringen, nur die Finanzvorlagen werden zuerst in das Abgeordnetenhaus eingebracht.

Bei Feststellung der Tagesordnung haben die Vorlagen der Regierung den Vorrang vor allen anderen Gegenständen, insoweit deren Verhandlung noch nicht im Zuge ist.

Die Regierungsvorlagen und die Vorlagen, die von einem Hause an das andere kommen, bedürfen der Unterstützungsfrage nicht und können ohne Vorberatung nicht abgelehnt werden.

Insoweit Commissionen-Ausschüsse oder Komitee-Anträge über derartige Vorlagen von diesen im Ganzen oder in einzelnen Theilen abweichen, kommen im Falle der Ablehnung solcher Abweichungen jene Vorlagen noch in ihrer ursprünglichen Fassung zur Abstimmung.

Die Regierung kann ihre Vorlagen jederzeit modificiren, oder auch ganz zurückziehen, ohne daß diese

von einem Mitgliede zu deren weiteren Fortführung aufgenommen werden dürfen.

§. 6. Die Minister, Hofkanzler und Chef der Centralstellen und ihre Stellvertreter können in Folge ihres durch §. 19 des Grundgesetzes über die Reichsvertretung begründeten Rechtes auch zu wiederholten Malen, jedoch ohne Unterbrechung eines Redners, das Wort nehmen, so wie ihnen gestattet ist, schriftlich abgefaßte Vorträge abzulesen.

§. 7. Die Minister, Hofkanzler und Chef der Centralstellen sind befugt, in den Commissionen, Ausschüssen und in dem Comité des ganzen Hauses zu erscheinen, um in Ansehung der Regierungsvorlagen oder sonstigen Beratungs-Gegenstände Aufklärungen und Auskünfte zu ertheilen, jedoch ohne der Schlussberatung und Abstimmung derselben beizuwohnen.

Auch die Commissionen und Ausschüsse haben das Recht, dieselben durch den Präsidenten des Hauses um solche Aufklärungen und Auskünfte anzugehen und zu diesem Zwecke in ihre Sitzungen einzuladen.

Den Ministern, Hofkanzlern und Chefs der Centralstellen steht in beiden Fällen das Recht zu, sich durch Abgeordnete vertreten zu lassen.

§. 8. Die Commissionen und Ausschüsse beider Häuser haben das Recht, durch den Präsidenten ihres Hauses, die Minister, Hofkanzler und Chef der Centralstellen um die Einleitung allfälliger erforderlicher Erhebungen anzugehen und Sachverständige zur mündlichen Vernehmung vorzuladen, oder zur Abgabe eines schriftlichen Gutachtens auffordern zu lassen.

§. 9. Wird in einem Hause eine Vorlage der Regierung oder des anderen Hauses, oder auch ein Hauptantrag abgelehnt, so können dieselben vorbehaltlich der Ausnahmen der §§. 10 und 11 in der laufenden Jahressession in diesem Hause nicht mehr auf die Tagesordnung gebracht werden.

§. 10. Die beiden Häuser verkehren mit einander entweder mündlich durch Botschaften oder schriftlich durch ihren Präsidenten unter Mitfertigung eines Schriftführers.

Anträge, die von dem Hause, wo sie zunächst eingebracht werden, abgelehnt worden sind, werden dem anderen Hause nicht mitgetheilt. Ein angenommener Antrag wird mit dem hierüber gefaßten Beschlusse dem anderen Hause mitgetheilt.

§. 11. Wird das andere Haus demselben ohne Aenderung bei, so wird er sofort an das Ministerium geleitet, zugleich wird das Haus, von welchem die Mittheilung ausgegangen ist, hiervon benachrichtigt.

§. 12. Wird der Antrag und Beschluß an das Haus zurück, in welchem die erste Beratung stattgefunden hat. Die Mittheilung wird gegenseitig fortgesetzt, bis über die Aenderungen Einigung erfolgt ist.

§. 13. Wird der Antrag zum Beschlusse ganz abgelehnt, so ist das Haus, von welchem die Mittheilung ausgegangen ist, hiervon zu benachrichtigen.

§. 14. Von der Ablehnung einer Regierungsvorlage ist das Ministerium jederzeit in Kenntniß zu setzen, die Ablehnung mag schon in dem einen oder erst in dem anderen Hause stattgefunden haben.

§. 15. Wenn bei der Beratung der Jahresbudgets oder einer dringenden Regierungsvorlage, in welcher die Entscheidung nicht bis zur nächsten Session verschoben bleiben kann, die Uebereinstimmung der beiden Häuser nicht zu erzielen ist, so haben die Ausschüsse beider Häuser, welche mit der Berichtsertattung über diesen Gegenstand beauftragt waren, oder eigens gewählte Mitglieder zu einer Conferenz zusammenzutreten, um einen gemeinschaftlichen Bericht zu erstatten, welcher sofort in demjenigen Hause zuerst in Verhandlung kommt, welches in diesem Gegenstande früher Beschluß gefaßt hat.

§. 16. Interpellationen, welche ein Mitglied an einen Minister, Hofkanzler oder den Chef einer Centralstelle richten will, sind dem Präsidenten schriftlich, und zwar im Herrenhause mit wenigstens zehn und in dem Hause der Abgeordneten mit wenigstens zwanzig Unterschriften versehen, zu übergeben, werden sofort dem Interpellirten mitgetheilt und in der Sitzung vorgelesen.

Der Interpellirte kann sogleich Antwort geben, diese für eine spätere Sitzung zusichern, oder mit Angabe der Gründe die Beantwortung ablehnen.

§. 17. Bittschriften und andere Eingaben an das Haus sind nur dann anzunehmen, wenn sie durch ein Mitglied des Hauses überreicht werden.

§. 18. Deputationen werden weder in die Sitzungen der Häuser, noch in jene ihrer Abtheilungen, Commissionen oder Ausschüsse zugelassen.

§. 19. Deputationen eines Hauses an das Aller-

höchste Hoflager dürfen nur über vorläufig erwirkte kaiserliche Genehmigung abgefertigt werden.

Die Häuser und deren Abtheilungen, Commissionen und Ausschüsse dürfen nach außen nur durch die Präsidenten der ersteren und bloß mit den Ministern, Hofkanzlern und Chefs der Centralstellen verkehren und sind namentlich nicht berechtigt, mit einer Landesvertretung in directen Verkehr zu treten oder Kundmachungen von was immer für einer Art zu erlassen.

§. 16. Die Bestimmungen dieses Gesetzes sind in die Geschäftsordnung eines jeden Hauses des Reichsrathes, insofern sie dasselbe betreffen, aufzunehmen.

Wien, den 31. Juli 1861.

Franz Joseph m. p.

Erzherzog Rainer m. p.

Schmerling m. p.

Auf Allerhöchste Anordnung

Freiherr v. Ransonet m. p.

Se. I. Apostolische Majestät haben mit der Allerhöchsten Entschlieung vom 27. Juli d. J. dem Finanz-Bezirksdirektor zu Graz in Ungarn, Finanzrath Andreas Szabotewicz, vollen Dienstleistung, das Ritterkreuz Allerhöchster Franz Joseph-Dynastie allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. I. Apostolische Majestät haben mit der Allerhöchsten Entschlieung vom 8. August d. J. dem ausübenden Arzte zu Urfahr in Oberösterreich, Med. Dr. Johann Huber, in Anerkennung seines vieljährigen eifrigen und erfolgreichen Wirkens zum Wohle der leidenden Menschheit, das goldene Verdienstkreuz mit der Krone allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. I. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschlieung vom 5. August d. J. dem Rathe des sambardo-venetianischen Oberlandesgerichtes, Dr. Franz Dopato, aus Anlaß seiner angeführten Versekung in den bestehenden Rubensstand die Allerhöchste Anerkennung seiner vieljährigen und ersprißlichen Dienstleistung allergnädigst zu bezeigen geruht.

Nichtamtlicher Theil.

Krautau, 12. August.

Es wird in Pariser Berichten vom 9. d. versichert, daß die Zusammenkunft des Königs von Preußen mit dem Kaiser L. Napoleon am 6. October in Straßburg stattfinden werde.

Bei der Begrüßung des Königs von Schweden ist es aufgefallen, daß Louis Napoleon dem Ankommenden, anstatt ihn, wie ein Monarch zweiten Ranges nur zu begrüßen hat, am Fuße der Treppe zu erwarten, bis an's Gitter des Parkes entgegengegangen ist. Man legt diesem großen Verstoß gegen das monarchische Ceremoniel große Bedeutung bei und spricht bereits vom Abschluß eines Schutz- und Trugbündnisses zwischen Frankreich und der ehemals französischen Filiale. Nach dem „Morgenblatt“ hat die Reise des Königs von Schweden nach Paris den Zweck, dem Kaiser der Franzosen für eine Revision des Londoner Protokolls in Betreff der dänischen Erbfolge zu gewinnen. Graf Mandersleben, sagt das genannte Blatt, werde ebenfalls in Paris erwartet, mache jedoch die Reise nicht am Bord des Geschwaders mit, sondern gehe über Deutschland. Auf dem Rückwege werde der König von Schweden in Glücksburg Frederik VII. besuchen, der mit dem Zwecke der Reise König Karls einverstanden sei.

Nachdem die schwedische Regierung das neue Königreich Italien anerkannt, hat sie beschlossen, daß die Geltung des Equatorats des Königs neapolitanischen General-Consuls für Schweden und des herzoglich parmesanischen Consuls in Stockholm, so wie der neapolitanischen Vice-Consuln in Gothenburg, Ystad, Sundewall und Wisby und der parmesanischen Vice-Consuln in Gothenburg und Gelle aufhören solle.

Der König Ehrenmann, der noch an dem letzten verschluckten Bißfen würgt, wirft seine lüsterne Augen nach einem neuen. Die Lösung der römischen Frage im Sinne Victor Emanuels, schreibt man dem Vaterland aus Turin, ist nahe bevorstehend. Die Mission des Generals Fleury und die zahlreichen Courrierreisen Bimercati's scheinen das Resultat zur Folge gehabt zu haben, daß man sich über die Bedingungen einen neuen Kelch der Leiden leeren muß, die ihm durch unwürdige Vorschläge bereit werden. Man hat sich nämlich dahin geeinigt, dem Papste die Insel Elba als Residenz und Ersatz für Rom anzubieten! Man schwebte einen Augenblick zwischen Ivica, einer der Balearen, und Elba. Um aber den Vorschlag plausibler zu machen, wählte man Elba, weil sie dem Besuche der zum Haupte der Christenwelt wallfahrenden

Katholiken zugänglicher sei. Deren Hauptstadt Porto Ferrajo mit 5- bis 6000 Einwohnern, sagt man, hat einen vortrefflichen Hafen, welcher die Schiffe der christlichen Besuche aufnehmen könnte, das Klima mild, der Boden fruchtbar und die Erzeugnisse desselben nebst den freien Beiträgen der Christenheit eine reiche Einnahmequelle für den heil. Stuhl, und das Palais, welches Napoleon I. bewohnt und vergrößert, gebe ein würdiges Asyl für das Oberhaupt der Kirche. Man weiß nicht, soll man sich mehr über die Naivetät oder über die Frechheit eines solchen Antrages wundern; daß er übrigens in Wälde gestellt werden wird, steht außer allem Zweifel. Man ist zwar im Vorhinein davon überzeugt, eine entrüstete abschlägige Antwort zu erhalten, aber daran liegt eben gar nichts, man will ja gar nicht einmal den Schein retten, sondern bloß etwas sagen, das Uebrige ist gleichgiltig. Der Pact zwischen Napoleon und Victor Emanuel ist geschlossen, der Papi das besignirte Opfer — das Uebrige kümmert Niemanden. Die Franzosen ziehen Rom ab, die Piemontesen ein, Louis Napoleon zieht seinen Wechsel auf Italien, le jeu est fait.

Die „R. Z.“ erzählt von einem aus Paris nach Rom abgegangenen kaiserlichen Briefe, der — eine Art Ultimatum — es dem Papste anheimgegeben, entweder durch französische Vermittlung und während der Anwesenheit der französischen Truppen sich mit dem Königreiche Italien abzufinden oder die französischen Truppen abziehen zu sehen, um dann auf eigene Rechnung und Gefahr über die Bedingungen des Fortbestandes einer römischen Residenz mit dem Repräsentanten der italienischen Einheit zu unterhandeln.

Was die Frage „Merode“ betrifft, so wird vor dem fünfzehnten August nichts officielles, was die katholische Partei und den Episcopat beleidigen oder stüßig machen könnte, gesagt oder gar gethan werden. Dazu bedarf man viel zu sehr der Bereitwilligkeit der Bischöfe, Gebete und Te Deums anzuordnen.

Das Journal „le Monde“ berichtet aus Rom, daß der päpstliche Soldat, dessen Kaufhandel mit dem französischen Militär die Veranlassung zu der Diskussion zwischen Geyon und Merode gegeben, von dem französischen Kriegsgerichte einstimmig freigesprochen worden ist.

Nach der „Independance belge“ bereitet L. Napoleon ein Manifest vor, in welchem er die Mächte auffordert, sich mit ihm über eine Lösung bezüglich Staliens zu verständigen, die er allein zu finden nicht im Stande sei, und die bei dem Zustande wachsender Desorganisation auf der Halbinsel mit jedem Tage nothwendiger wird.

In Paris soll nächstens und zwar wie die „A. Z.“ sagt nach früher eingeholter Erlaubniß des Herrn über Leben und Tod jeder Druckzeile eine Brochure, eine neue Brandschrift, erscheinen. Man hat nämlich dort einen ungarischen Kronpräsidenten aufgetrieben! Ein Fürst — noch kennt man nicht seinen Namen und weiß nicht, ob er dem französischen oder einem sonstigen Adel angehört — erhebt historische Rechtsansprüche auf die Krone des heiligen Stephan, als deren rechtmäßigen Erben er sich proclamirt. Seine Ansprache und Rechtstitel sind in jener Broschüre zusammengestellt, welche unter großem Aufsehen in mehr als 100,000 Exemplaren erscheinen soll. Der Drucker, Herr Marchand, Rue d'Enghien, hat höchsten Orts die Verhinderung und Versicherung eingeholt, es werde ihm deshalb nichts Unangenehmes widerfahren.

Eine Londoner Bank gibt jetzt Bankbillets zu 2250 Francs im Namen des Infants Don Carlos aus. Auf denselben steht, der Infant verpflichtet sich, die Billets zu bezahlen, bis er zum König von Spanien proclamirt werde.

* Wie eine telegraphische Depesche aus Pest meldet, hat das ungarische Oberhaus in seiner am 10. d. abgehaltenen Sitzung den Abrenentwurf Deak's auf Antrag des Grafen Szapary unter Acclamationen unverändert einmützig angenommen. Die Sitzung war schwach besucht, es waren höchstens sechzig Mitglieder anwesend, darunter der Primas, der Favornikus und die übrigen Würdenträger.

Unverändert, ohne Einwendungen gegen die Schroffheit der Form, ohne einen Versuch, den verlegenden Stellen eine mildere Fassung zu geben, einmützig, ohne daß einer der Magnaten den Muth gehabt hätte, seiner besseren Ueberzeugung Ausdruck zu geben, ist also der revolutionäre Absagebrief Ungarns an den Gesammtstaat auch vom Oberhaus, von den Hochadeligen und Kronwürdenträgern, angenommen.

*) Enthalten in dem am 9. August 1861 ausgegebenen XXXVII. Stücke des N. O. B. unter Nr. 78.

**) R. O. B. Nr. 20, 1. Beilage.

